



Mitglied des Deutschen Bundestages für den Alb-Donau-Kreis

EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien

Die EU-Außenminister haben in dieser Woche über den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zu Albanien beraten.

Bevor Albanien Mitglied der Europäischen Union wird, müssen alle Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllt werden.

In Albanien besteht jedoch noch enormer Reformbedarf wie beispielsweise im Bereich der Justiz. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang, dass die rund 800 Richter und Staatsanwälte einem Überprüfungsverfahren unterzogen werden. Sollten sie sich als korrupt oder vorbelastet erweisen, dürfen sie keine Zulassung erhalten. Im Falle rechtlicher Verfahren gegen sie dürfen keine Verjährungs- und Bearbeitungsfristen gelten. Auch eine Kronzeugenregelung für Straftäter, die mit der Justiz zusammenarbeiten wollen, muss eingeführt werden.

Zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit gehört auch ein reibungsloses Funktionieren von Parlament, Regierung und öffentlicher Verwaltung. Die Justiz muss unabhängig von politischer Einflussnahme sein und darf keiner politischen Kontrolle unterliegen. In Parlament und Regierung darf niemand Mandate oder Ämter wahrnehmen, der mit Haftbefehl gesucht wird oder bereits verurteilt wurde.

Bevor der Bundestag einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zustimmen kann, müssen noch eine Reihe von Bedingungen erfüllt werden.

Delegationsreise nach Zagreb

Wenige Tage vor dem Antrittsbesuch des neugewählten kroatischen Premierministers Andrej Plenković in Berlin habe ich vom 7. bis 9. Dezember an einer Delegationsreise des Deutschen Bundestages in die kroatische Hauptstadt Zagreb teilgenommen. Mit vier Mitgliedern der Deutsch-Kroatischen Parlamentariergruppe wurden wir von Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović, Premierminister Andrej Plenković und Parlamentspräsident Božo Petrov empfangen.

Der Besuch sollte vor allem der Vertiefung der

ohnein sehr guten Beziehung zwischen beiden Ländern dienen. In Kroatien herrscht Aufbruchsstimmung. Als jüngstes EU-Mitglied setzt das Land große Hoffnungen in die Europäische Union. Wir wollen dazu beitragen, dass sich Kroatien weiter gut entwickeln kann.

Daher waren die Gespräche mit Staatspräsidentin Grabar-Kitarović und Ministerpräsident Plenković von Europa-, Finanz- und wirtschaftspolitischen Themen geprägt. Auch die aktuelle innenpolitische Lage des Landes kam zur Sprache. Durch weitere Gespräche mit Parlamentspräsident Petrov und den Vorsitzenden verschiedener Ausschüsse des Parlaments sollen außerdem die parlamentarischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern intensiviert werden.

Neben den Gesprächen mit den maßgeblichen Politikern des Landes traf sich die deutsche Delegation auch mit Vertretern der Deutsch-Kroatischen Industrie- und Handelskammer sowie politischer Stiftungen, um strukturelle Veränderungen auf den Weg zu bringen, so dass auch in Kroatien das „Duale System“ der beruflichen Bildung eingeführt werden kann.

Die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Kroatien sind für beide Seiten sehr wichtig. Im regelmäßigen Austausch innerhalb der Deutsch-Kroatischen Parlamentariergruppe können wir unsere Beziehungen zu unserem Partner weiter intensivieren.



v.l.n.r.: Heinz Wiese MdB (CDU), Josip Juratović MdB (SPD), die kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarović, Dr. Astrid Freudenstein MdB (CSU) (Vorsitzende der Deutsch-Kroatischen Parlamentariergruppe), Gerold Reichenbach MdB (SPD) und Thomas E. Schultze, deutscher Botschafter in Kroatien

Elterngeld wirkt

Knapp zehn Jahre nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 ist dieses familienpolitische Instrument weitestgehend akzeptiert und hat viele nachweisbare Effekte. Das Elterngeld löste damals das vorherige Erziehungsgeld ab. Die Einführung des Elterngeldes hat das Einkommen für die meisten Familien im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes substantiell erhöht und somit für diese Zeit einen finanziellen Schonraum geschaffen. So stieg das Haushalts-Nettoeinkommen von Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr um durchschnittlich 480 Euro pro Monat, bei Müttern mit Hochschulabschluss sogar um rund 600 Euro pro Monat. Auch hat die Erwerbsbeteiligung von Müttern insgesamt zugenommen. Zwar haben sich mehr Mütter mit hohen Einkommen und Qualifikationen eine längere Auszeit genommen, als es früher der Fall war, im zweiten Lebensjahr des Kindes ist allerdings die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Müttern im unteren Einkommensbereich gestiegen. Ebenfalls nehmen deutlich mehr Väter Elternzeit: Lag der Anteil vor 2007 bei weniger als drei Prozent, ist er inzwischen auf über 34 Prozent gestiegen. Ein Einfluss auf die Geburtenrate konnte gleichzeitig nur teilweise erwiesen werden, auch wenn in der Tendenz leicht positive Effekte festzumachen sind.

(Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Die Woche im Parlament

Schwarzarbeit bekämpfen

In dieser letzten Sitzungswoche des Jahres 2016 wurden weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit beschlossen. Dazu gehören vor allem neue Kompetenzen für die Schwarzarbeitsbekämpfungsbehörden der Länder. Laut Gesetzesvorlage der Bundesregierung müssen Ausweispapiere künftig nicht nur der Zollverwaltung, sondern auch den Bediensteten der zuständigen Landesbehörden vorgelegt werden. Das soll helfen, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung einzugrenzen. Die Landesbehörden erhalten zudem weitere Prüfungsbefugnisse. So dürfen Zollbehörden in Zukunft Daten aus dem Zentralen Fahrzeugregister des Kraftfahrt-Bundesamtes abfragen. Zu den weiteren Maßnahmen gehört auch die Möglichkeit, Bewerber von Ausschreibungen zu sperren, sollten sie bereits mit Vorschriften zur Verhinderung von Schwarzarbeit in Konflikt geraten sein. Bisher galt dies nur für Bauaufträge. Künftig soll sich ein solcher Ausschluss auch auf Liefer- und Dienstleistungsaufträge erstrecken. Der Unionsfraktion ist es wichtig, gesetzestreue Unternehmen zu stärken, indem Wettbewerbsvorteile illegal handelnder Anbieter besser aufgedeckt werden.

Bessere Informationen auf Lebensmitteln

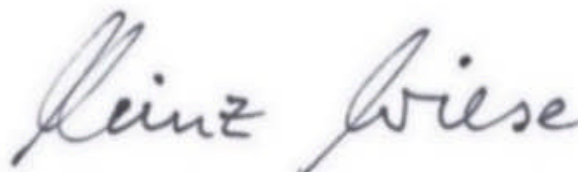
In dieser Woche stellte die Bundesregierung ihren „Ernährungspolitischen Bericht“ im Bundestag vor. Darin werden die Grundlagen, Ziele und Maßnahmen im Bereich der Ernährungspolitik und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes dargestellt. Im Mittelpunkt stehen

Themen wie die nationale und internationale Ernährungssicherung, die Sicherheit von Lebensmitteln, Trinkwasser oder die Ernährungsbildung der Bevölkerung. In den letzten Jahren hat die Regierung schon viel erreicht.

So wurden beispielsweise Maßnahmen zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung auf den Weg gebracht oder die Allergenkennzeichnung bei Lebensmitteln verbessert. Gerade bei der Frage verlässlicher Lebensmittelkennzeichnung will die Unionsfraktion weitere Schritte gehen. So sollen sich Verbraucher darauf verlassen können, dass beispielsweise als vegan und vegetarisch gekennzeichnete Produkte auch tatsächlich vegan oder vegetarisch sind. Derzeit werden die Produkte je nach Hersteller unterschiedlich definiert, gekennzeichnet und beworben. Es fehlt an einer einheitlichen und verbindlichen Einordnung. Deshalb setzt sich die Regierungskoalition dafür ein, Leitsätze für vegane und vegetarische Lebensmittelprodukte zu erarbeiten.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit, alles Gute, Gesundheit und Glück für das Jahr 2017!

Mit herzlichen Grüßen



Heinz Wiese MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: +49 30 227-77668

E-Mail: heinz.wiese@bundestag.de

www.heinz-wiese.de